

Felix Jaitner*

Frieden unerwünscht

Die Folgen des Ukraine-Kriegs für den postsowjetischen Krisenraum

Zusammenfassung: Seit Beginn des Krieges in der Ukraine rätseln Expert*innen über die Gründe des russischen Angriffs. Dabei vernachlässigen sie die innergesellschaftlichen Dynamiken in Russland. Die zunehmend expansive Außenpolitik des Kremls reagiert, so die These in diesem Beitrag, auf die vielfältigen Krisenprozesse im postsowjetischen Raum und in Russland. Der Artikel analysiert die postsowjetischen Krisenphänomene und verortet die Entwicklung Russlands und der Ukraine in der Region.

Schlagwörter: Ukraine-Krieg, postsowjetische Krisenphänomene, Russland, Ukraine

Peace Unwanted

The Consequences of the Ukraine War for the Post-Soviet Crisis Space

Abstract: Since the beginning of the war in Ukraine, experts have been puzzling over the reasons for the Russian attack. However, they neglect the internal social dynamics in Russia. This article argues that the Kremlin's increasingly expansive foreign policy is a reaction to the manifold crisis phenomena in the post-Soviet space and in Russia. The article analyzes the post-Soviet crisis phenomena and locates the development of Russia and Ukraine in the region.

Keywords: War in Ukraine, Post-Soviet Crisis Phenomena, Russia, Ukraine

Fast sechs Monate sind seit dem russischen Angriff auf die Ukraine vergangen. Entgegen der Annahme der russischen Führung, eine kurze militärische Intervention zur »Denazifizierung« der Ukraine zu führen, zeichnet

sich inzwischen ein langwieriger, verlustreicher Stellungskrieg ab. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wiederum hat wiederholt erklärt, alle besetzten Gebiete einschließlich der Krim zurückzuerobern (ZDF 2022). Dies wirft die Frage auf, ob ein nachhaltiger Friedensschluss auf absehbare Zeit überhaupt möglich ist. Gegenwärtig ist es nicht auszuschließen, dass die Ukraine auf Jahre hinaus zu einem dauerhaft-

* Felix Jaitner hat zu Entwicklungskonflikten im russischen Machtblock promoviert. Er leitet den Bereich Klima und Umwelt der NGO Deutsch-Russischer Austausch in Berlin.

ten Kriegsschauplatz mit variierenden »heißen« und »kalten« Phasen wird.

Im Westen herrscht hinsichtlich der Kriegsursache weitgehende Einigkeit: Der Überfall auf die Ukraine sei das Resultat des russischen Imperialismus und das »werden wir in Europa nicht akzeptieren«, erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz den Abgeordneten im Bundestag (Stern 2022). Die zunehmend expansive russische Außenpolitik ist jedoch – so die These in diesem Beitrag – primär eine Reaktion des Machtblocks auf die vielfältigen Krisenprozesse im postsowjetischen Raum. Der hier vertretene Ansatz steht nicht im Widerspruch zu dem Argument, wonach die militärischen Interventionen in Georgien (2008), Kasachstan (2021/2022) und in der Ukraine den Versuch darstellten, die hegemoniale Position Russlands im postsowjetischen Raum zu erhalten. Allerdings sind die spezifischen Entwicklungen und innergesellschaftlichen Dynamiken der einzelnen Länder wichtige Erklärungsfaktoren für die wiederkehrenden Konflikte in der Region, so auch für den Krieg in der Ukraine. Sie werden aber sowohl im westlichen Mainstream als auch in der linken Debatte nur unzureichend berücksichtigt. Aus diesem Grund werden in dem Artikel in einem ersten Schritt die postsowjetischen Krisenphänomene analysiert, um anschließend die Entwicklung Russlands und der Ukraine in der Region zu verorten.

Postsowjetische Vielfachkrisen

Alle postsowjetischen Nachfolgestaaten teilen nicht nur eine lange gemeinsame Staatlichkeit, sondern auch spezifische sich »überschneidende

Krisenphänomene« (vgl. Jaitner/Olteanu/Spöri 2018): Die Auflösung der Sowjetunion und der tiefgreifende politische und ökonomische Transformationsprozess kann auch als tiefe Transformationskrise verstanden werden (ebd.: 5ff.). Die nach wie vor existierenden engen politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zwischen den sowjetischen Nachfolgestaaten führen dazu, dass die Krisenphänomene nicht isoliert voneinander betrachtet werden können. Vielmehr wirken diese stark polarisierend und sind eine wichtige Ursache für die gesellschaftlichen Instabilitäten und Konflikte in der Region. Mit der Konzeption der sich »überschneidenden Krisenphänomene« lassen sich somit vergleichbare Dynamiken und Widersprüche der postsowjetischen Gesellschaften herausarbeiten. Mit diesen vergleichbaren Dynamiken und Widersprüche wiederum können die sowjetischen Nachfolgestaaten und spezifischen krisenhaften Gesellschaftsformationen verglichen werden.

Die Auflösung der Sowjetunion beruht auf einem einseitigen Beschluss der Präsidenten der Russischen, Ukrainischen und Belorussischen Teilrepubliken während eines Treffens am 8. Dezember 1991, der sogenannten Belowescher Vereinbarung. Boris Jelzin, Leonid Krawtschuk und Stanislaw Schuschkewitsch trafen sie sich weder im Rahmen eines institutionalisierten Gremiums des Unionsverhandlungsprozesses noch hatten die sowjetische Regierung unter Michail Gorbatschow oder das Parlament den Teilnehmern entsprechende Entscheidungsvollmachten erteilt. Der entscheidende Schritt zur Auflösung der Sowjetunion kam

folglich nicht aus der Peripherie, sondern direkt aus dem Zentrum, denn die Russischen, Ukrainischen und Belorussischen Teilrepubliken waren die Gründungssubjekte der UdSSR.

Der Putsch des Zentrums forcierte eine Sezessionsdynamik, die die Legitimität multiethnischer Staaten bedrohte. In den vergangenen 30 Jahren entstanden in vielen Nachfolgestaaten Unabhängigkeitsforderungen einzelner ethnischer Minderheiten, die oft gewalttätig eskalierten. Beispielhaft sind die Konflikte in Moldawien (Transnistrien), in Georgien (Abchasien, Nord-Ossetien) sowie die instabile Lage im russischen Nordkaukasus.¹ Unter dem Schlagwort die »große Umgestaltung« (»great reconfiguration«) beschreibt der Kulturwissenschaftler Roger Brubaker (2011) einen umkämpften Prozess nachholender Nationalstaatsbildung in Osteuropa und dem postsowjetischen Raum, in dem politische (Staatsbürgerschaft und -rechte, Sprachgebrauch) und soziale Rechte oftmals entlang ethnischer Zugehörigkeit neu definiert werden. Während die ethnokulturelle Neugründung der sowjetischen Nachfolgestaaten das Vertrauen in staatliche Institutionen schwächte und damit den Demokratisierungsprozess behinderte, war diese Entwicklung durchaus im Interesse der ethnisch-nationalen Eliten. Diese

¹ Das soll nicht negieren, dass Russland imperiale Interessen im postsowjetischen Raum verfolgen würde. Die militärische Beteiligung des Landes in all den genannten Konflikten beweist das Gegenteil. Dennoch sind alle genannten Konflikte mindestens ebenso ein Resultat innergesellschaftlicher Widersprüche und nachholender Nationalstaatsprozesse.

erhofften sich von der staatlichen Unabhängigkeit eine Stärkung ihrer politischen und ökonomischen Stellung, etwa dass sie den einsetzenden Privatisierungsprozess zu ihren Gunsten zu beeinflussen könnten (Hale 1999; Jaitner 2014: 45-59).

Der Historiker Boris Kagarlitzkij weist darauf hin, dass die periphere Integration der sowjetischen Nachfolgestaaten in den Weltmarkt nicht nur die wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentrumsstaaten verschärfte, sondern auch die soziale und regionale Polarisierung innerhalb des postsowjetischen Raums (vgl. Kagarlitsky 2009). Der radikale Übergang zur Marktwirtschaft durch neoliberale »Schocktherapien« beschleunigte diese Entwicklung. Nach Angaben des US-Wirtschaftswissenschaftlers Joseph Stiglitz (2002) waren in Russland die volkswirtschaftlichen Verluste gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) größer als während des Zweiten Weltkriegs. Als eine der entwickeltesten Sowjetrepubliken erlebte die Ukraine nach 1991 einen beispiellosen ökonomischen Niedergang. Im Jahr 2008 erreichte das ukrainische Bruttoinlandsprodukt mit knapp 70 Prozent ihres Wertes von 1989 den Höchststand in der postsowjetischen Phase (vgl. Molchanov 2016: 3). Eine Folge des wirtschaftlichen Niedergangs war die weitgehende Deindustrialisierung der meisten Staaten mit Ausnahme von Belarus, Russland, Usbekistan und der Ukraine und eine zunehmende soziale Ungleichheit. In rohstoffreichen Staaten konnte diese Entwicklung zwar etwas gedämpft werden, allerdings vertiefte die einseitige Ausrichtung auf den

Rohstoffexport die technologische Abhängigkeit von den Zentrumsstaaten.

Die Auseinandersetzung um die Gestaltung des marktwirtschaftlichen Übergangs wurde in fast allen postsowjetischen Staaten nicht als Bestandteil demokratischer Willensbildung begriffen, sondern als Ausdruck demokratischer Unreife diskreditiert. Besonders deutlich wurde das 1993, als die Jelzin-Administration das Parlament durch regierungstreue Truppen beschießen ließ und im Anschluss eine autoritäre, präsidentielle Verfassung durchsetzte, was den gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess weitgehend zum Erliegen brachte. Ein Ausdruck für die einsetzende autoritäre Wende war der brutale Krieg der Regierung gegen die abtrünnige Provinz Tschetschenien (1994-1996) und die forcierte Privatisierung staatlicher Konzerne (1995-1997), insbesondere aus dem Öl- und Gassektor, die auf der Grundlage präsidentieller Dekrete gegen den Widerstand des Parlaments erfolgte und von der eine Gruppe staatsnaher Unternehmer profitierte, die sogenannten Oligarchen (vgl. Jaitner 2014). Die dominante verfassungsrechtliche Stellung des Präsidenten war eine Reaktion des Machtblocks auf die inneren Krisen und bildete in den kommenden Jahren die Grundlage für den zunehmenden Autoritarismus unter Wladimir Putin.

Autoritäre Konsolidierung und oligarchische Konkurrenz

Auf die Transformationskrise folgte von 2000-2008 eine Phase des ökonomischen Aufschwungs, die in Russland mit den ersten beiden Präsidentschaften Wladi-

mir Putins zusammenfiel und wesentlich von zwei Faktoren getragen wurde: dem hohen Ölpreis und dem Putinschen Stabilitätsversprechen. Im Gegenzug für hohes Wirtschaftswachstum verlangte die Regierung von ihrer Bevölkerung politische Passivität. Voraussetzungen dafür waren die Zerschlagung separatistischer Bestrebungen – insbesondere im Nordkaukasus – und die Integration der Bourgeoisie, die aus dem Transformationsprozess hervorgegangen war, in die neue Herrschaftsordnung. Eine der ersten Amtshandlungen Putins war die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen in Tschetschenien. Die extreme Brutalität, mit der die russische Armee gegen die Separatisten vorging, stieß jedoch auf deutlich weniger Aufmerksamkeit als das Vorgehen gegen einige systemkritische Oligarchen, darunter Michail Chodorkowskij. Der Einsatz staatlicher Gewaltapparate (Armee, Polizei, Geheimdienste) verstärkte die Militarisierung der Innenpolitik, die demokratische Institutionen und Kräfte weiter schwächte.

Die Schritte der Regierung zur gesellschaftlichen Stabilisierung erwiesen sich als erfolgreich: Von 2000-2008 ging der Bevölkerungsanteil mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum von 43,8 Millionen (30 Prozent) auf 19 Millionen (13,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) zurück (Rosstat 2009). Allerdings betrieb die Regierung keine Umverteilungspolitik, vielmehr waren die Schritte zur gesellschaftlichen Stabilisierung im Interesse des Großkapitals. So stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Dollarmilliardäre von 0 auf 87 (Kroll 2008). Der von Putin repräsentierte oligarchisch-etatistische

Konsens ermöglichte eine partielle Modernisierung des russischen Kapitalismus. Er reagierte mit einem verstärkten wirtschaftlichen Dirigismus und der Zentralisierung von Entscheidungsprozessen in der Exekutive auf die Dysfunktionalitäten des unregulierten Neoliberalismus der 1990er-Jahre und verfolgte das Ziel, die Reproduktionsbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise zu verbessern.

Eine autoritäre Konsolidierung politischer Herrschaft und die klientelistische Einbindung gesellschaftlicher Schichten lässt sich seit Mitte der 1990er-Jahre auch in anderen postsowjetischen Staaten (Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan) beobachten. In Armenien, Georgien, Kirgisien, Moldawien oder der Ukraine waren die Herrschenden dagegen nicht in der Lage, einen Konsens auszuhandeln, der die politische und ökonomische Entwicklung ihrer Länder langfristig stabilisiert hätte, weshalb die Herrschafts- und Machtverhältnisse deutlich umkämpfter sind.

Ein wichtiger Umstand, der in der Ukraine eine Stabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse verhinderte, ist die ungebrochene oligarchische Konkurrenz: Während die dominanten Kapitalfraktion des landwirtschaftlich geprägten Westens eine Ausrichtung auf die EU forcierten, sind die von Schwerindustrie (Stahl-, Eisen- und Rüstungsindustrie) geprägten östlichen und südlichen Landesteile stark in postsowjetische Produktionsstrukturen eingebunden. Bis zum Beginn des Ukraine-Konfliktes 2014 gingen zwei Drittel aller exportierten schweren Maschinen und fast die Hälfte der gesam-

ten Maschinenexporte nach Russland (vgl. Molchanov 2016: 5). Besonders eng waren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Donbass-Region, dem Zentrum der ukrainischen Industrieproduktion, und Russland (Mykhnenko 2015: 10-11).

Das politische System der Ukraine ordnete sich entlang dieser ökonomischen und regionalen Polarisierung. Ganz besonders deutlich wurde das in der *Partei der Regionen* des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch, deren Rückhalt die überwiegend russischsprachige und auf den postsowjetischen Raum – und hier insbesondere Russland – orientierte Bevölkerung und Kapitalfraktionen bildeten. Trotz regelmäßiger Proteste gegen Werksschließungen, neoliberale Politik oder Privatisierung im Bildungssektor zwischen den beiden großen Maidan-Protesten 2004 und 2014 (siehe Varga 2012), wurden der Privatisierungsprozess, soziale Ungleichheit und die ungleiche Einkommensverteilung nur marginal politisiert. Die regelmäßig wiederkehrenden bunten Revolutionen im postsowjetischen Raum führten zwar zu Regierungswechseln. Allerdings ersetzen sie üblicherweise nur eine Fraktion des herrschenden Blocks durch eine andere. Diese können sich hinsichtlich ihrer ökonomischen Interessen, gesellschaftlichen Verankerung und geopolitischen Ausrichtung unterscheiden. Denn die Orientierung auf den Westen oder Russland geht oft mit klassenspezifischen Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen einher. Das junge, gut ausgebildete städtische Bürgertum präferiert tendenziell eine Westbindung, denn sie bietet diesen Schichten berufliche Möglichkeiten – gerade im Dienstleistungssektor – und

Visafreiheit oder -erleichterungen. Im Gegensatz dazu sind die Anhänger:innen einer Ausrichtung auf Russland oft in den schwerindustriellen Regionen beheimatet, deren Betriebe eng in russische Produktionsketten eingebunden sind. Als Transformationsgewinner verbindet die konkurrierenden Fraktionen des herrschenden Blocks jedoch das Misstrauen gegenüber demokratischen Prozessen. Angesichts dieser Wahlligarchie herrscht in der Bevölkerung ein starkes Misstrauen gegen staatliche Institutionen, demokratische Prozesse und deren Repräsentant:innen. Dies begünstigt den Aufstieg rechtspopulistischer und nationalistischer Kräfte, was den demokratischen Konsolidierungsprozess weiter untergräbt.

Nach der Phase der außenpolitischen Schwäche in den 1990er-Jahren bemühte sich das unter Putin politisch konsolidierte Russland wiederum, die hegemoniale Stellung im postsowjetischen Raum zu festigen. Die Regierung verzichtete jedoch darauf, die destabilisierenden Krisenprozesse effektiv zu bearbeiten und sich somit als integrierende Kraft in der Region zu etablieren. Vielmehr nutzte sie die vielfältigen Krisen und Konflikte für ihre eigenen Zwecke. Die ab Mitte der 2000er-Jahre forcierte Expansion russischer Unternehmen, vor allem aus dem Rohstoffsektor, ging oft mit einer Verschlechterung der bilateralen Verhältnisse einher. Die Abhängigkeit vieler postsowjetischer Staaten von russischen Energieträgern und die dadurch angehäuften Schulden oder der Zugang zum russischen Binnenmarkt erweisen sich als wirksames Druckmittel der Putin-Administration, ihren politischen und

wirtschaftlichen Einfluss in der Region auszudehnen. Sogar in der Beziehung mit den außenpolitisch wichtigsten Partnern Belarus und Ukraine war der Regierung die Anhebung der Preise für Gaslieferungen wichtiger als die vielbeschworene slawische Freundschaft. Dies erschwerte regionale Integrationsbemühungen und förderte die Annäherung vieler Staaten an die EU, die USA oder China.

Wendepunkt: Die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008

Ein Wendepunkt in der jüngeren Geschichte des postsowjetischen Raums ist die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008. Die Ukraine und Armenien erlebten 2009 einen wirtschaftlichen Einbruch mit Rückgängen des BIP von 14,8 Prozent bzw. 14,1 Prozent. Um einen Staatsbankrott zu vermeiden, sah sich die ukrainische Regierung gezwungen, einen IWF-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar anzunehmen. Ebenfalls starke Einbrüche des BIPs verzeichneten Russland (-7,8 %) und Georgien (-3,6 %). Die belarussische Volkswirtschaft stagnierte (+0,2 %), während die zentralasiatischen Republiken und Aserbaidshan weiterhin ein Wachstum des BIP verzeichneten, wenngleich die Wachstumsraten deutlich zurückgingen. Trotz des im Vergleich zur EU extremen wirtschaftlichen Einbruchs argumentieren die Geographen Adrian Smith und Adam Swain (2010), dass das Ausmaß der Krise im postsowjetischen Raum nicht nur als ein Resultat externer Schocks verstanden werden sollte. Vielmehr hat die Krisenanfälligkeit der gesamten Region ihre Ursache in den

spezifischen Transformationsstrategien der einzelnen Länder nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und den damit verbundenen geopolitischen Orientierungen. »Insgesamt«, konstatiert der Ökonom Ruslan Dzarasow, »war die Krise in den GUS-Staaten im Vergleich zu den kapitalistischen Zentrumsstaaten heftiger« (Dzarasov 2016: 29). Die im Zuge der Krise beschleunigte Deindustrialisierung der Region verringerte die Komplexität der Produktionsstrukturen und förderte die Ausrichtung auf den Rohstoffexport und einfache Weiterverarbeitungsschritte, was bedeutet, »dass die GUS-Staaten Produktionsketten mit geringer Wertschöpfung besetzen« (ebd.).

Jedoch zeigte sich, dass die Gruppe autoritär konsolidierter Staaten im Zuge der Krise deutlich handlungsfähiger war. Aufgrund der hohen Rohstoffpreise in den 2000ern erzielten rohstoffreiche Staaten wie Aserbaidschan, Kasachstan, Russland, Turkmenistan und Usbekistan hohe Handelsbilanzüberschüsse und bauten in diesem Zeitraum zum Teil beträchtliche Devisenreserven auf, die ihren wirtschaftspolitischen Spielraum erweiterten. Die autoritäre politische Regulation und die engen Verbindungen zwischen privaten Kapitalfraktionen und den Staatsapparaten erlaubten zudem eine staatlich koordinierte Anti-Krisen-Politik im Interesse des herrschenden Blocks. Georgien und bis zu einem gewissen Grad auch die Ukraine wurden dagegen als Schuldnerstaaten in das internationale Finanzsystem eingebunden (Smith/Swain 2010: 10ff.). Ein Blick auf die Eigentumsstruktur der nationalen Finanzsektoren verdeutlicht den wachsenden Einfluss internationa-

ler Finanzkonzerne in diesen Ländern. Nach Angaben der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung kontrollierten ausländische Finanzkonzerne 2008 mehr als 90 Prozent des nationalen Bankensektors in Georgien. In Armenien und der Ukraine lagen diese Werte im selben Zeitraum um die 50 Prozent, in Kirgisien sogar bei über 70 Prozent. Demgegenüber ist der Anteil ausländischer Banken in Aserbaidschan (9,1 %), Belarus (20,6 %), Russland (18,7 %) und den restlichen zentralasiatischen Republiken deutlich geringer und darüber hinaus stärker auf den russischen Finanzsektor ausgerichtet (EBRD).

Der Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise ist in der Region gleichbedeutend mit dem Beginn einer großen Krise, einer »Restrukturierungskrise« (Deppe 2013: 35), in der das Verhältnis zwischen Markt und Staat, Ökonomie und Politik neu justiert wurde. Dies führte zu einem neuen Protestzyklus in vielen postsowjetische Staaten: Armenien, Georgien, Kirgisien, Russland und die Ukraine. Ihnen gemeinsam war eine umfassende Legitimations- und Repräsentationskrise, die sich auf Seiten der Protestierenden in einer Ablehnung der Repräsentant:innen und Institutionen der politischen Ordnungen und damit einhergehenden Forderungen nach eigener Repräsentation und direkter Demokratie manifestierte. Es wird immer deutlicher, dass in den sowjetischen Nachfolgestaaten nicht nur die Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch die bisherigen Formen gesellschaftlicher Reproduktion (die Regulation des Verhältnisses von Arbeit und Kapital, politische Institutionen etc.) umkämpft sind.

Machtkampf um Hegemonie im postsowjetischen Raum

Die krisenhafte Entwicklung der Region im Laufe der vergangenen 30 Jahre hat die wirtschaftlichen und (geo-)politischen Bruchlinien zwischen den postsowjetischen Staaten deutlich sichtbar gemacht. Die EU und neuerdings auch China haben Russland in der Region als wichtigsten Handelspartner abgelöst. Speziell die EU verbindet ihre ökonomische Vormachtstellung zunehmend mit dem Aufbau politischer Strukturen, die Russland explizit nicht miteinschließen, etwa die Östliche Partnerschaft im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Vor dem Hintergrund der belasteten bilateralen Beziehungen zu Russland haben viele kleinere postsowjetische Staaten diese Entwicklung zu ihren eigenen Gunsten zu nutzen versucht, um im Rahmen einer balancierten Politik zwischen Russland und dem Westen ihre eigene Position zu stärken. Im Angesicht der vielfältigen Krisen und Konflikte in der Region ist diese Strategie jedoch hochriskant, zumal die Großmächte diese Konflikte ihrerseits zu instrumentalisieren versuchen. Bereits bestehende Konflikte gewinnen dadurch eine neue Dynamik und eskalieren – dieses Mal jedoch unter dem Vorzeichen einer politischen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen.

Nach Ansicht des national-konservativen Ökonomen und Kommissar für Integration und Makroökonomie bei der Eurasischen Wirtschaftskommission Sergej Glazew ist Russland von diesen Entwicklungen existenziell bedroht, da es die Voraussetzungen für eine eigenständige Mitgestaltung der künftigen

Weltordnung nur noch eingeschränkt besitzt (Glazew 2015). Der gesellschaftliche Peripherisierungsprozess und die wachsende technologische Abhängigkeit gegenüber dem Westen setzen, so Glazew, der politischen Gestaltungsmacht des Landes enge Grenzen. Die im Zuge des Ukraine-Konfliktes 2014 erlassenen Sanktionen könnten eine existenzielle Bedrohung für Russland darstellen, wenn es nicht gelinge, auf ein binnenorientiertes Entwicklungsmodell umzuschwenken. Dies mache auch eine Orientierung auf den postsowjetischen Raum notwendig (ebd.).

Vor diesem Hintergrund wurde die Gründung der Eurasischen Union zum »Kernstück« (Sakwa 2016) der dritten Amtszeit Wladimir Putins. Eine zentrale Rolle in der Konzeption der Eurasischen Union kommt der Ukraine zu. Der Chefredakteur der Zeitschrift *Russia in Global Affairs*, Fjodor Lukjanow, sieht in der Beteiligung Kiews sogar das »wichtigste unerwähnte Ziel der eurasischen Integration« (Lukyanow 2015: 294). Nur mit der Ukraine, so Lukjanow, könne die Eurasische Union eine wirkliche globale Bedeutung erlangen (Lukyanow 2015: 294). Bei den vier ursprünglich vorgesehenen Gründungsstaaten Belarus, Kasachstan, Russland und der Ukraine handelt es sich um die industriell und finanziell am stärksten entwickeltesten Länder der Region. Hinter der ursprünglichen Gründungsidee der Eurasischen Union steht folglich keine Wiederbelebung der UdSSR, sondern das Bündnis der ökonomisch stärksten Staaten der Region. Die drei Länder standen noch 2019 für 90 Prozent des russischen Außenhandels mit den GUS-Staaten. Auch für den gesamten Außenhandel ist ihr

Anteil mit 13 Prozent bedeutsam. Belarus, Russland und die Ukraine weisen die höchste Diversifikation in der Industrie aller GUS-Staaten auf.

Seit den Maidan-Protesten 2014 und dem Beginn des Ukraine-Konfliktes scheint die gesellschaftliche Auseinandersetzung um den künftigen Kurs des Landes entschieden: Sowohl die Poroschenko- als auch die Selenskyj-Administration haben die Westintegration durch ein Freihandelsabkommen mit der EU und eine militärpolitische Kooperation mit der NATO weiter forciert. Diese Entwicklung wird mit dem Erhalt des EU-Kandidatenstatus für die Ukraine und Moldawien fortgesetzt.

Der russische Machtblock reagierte auf die vielfältigen internen und externen Krisen mit einer Integration national-konservativer Kräfte in die Regierung. Deren wachsenden Einfluss verdeutlicht ein Blick auf die konkrete Regierungspolitik seit 2012 (vgl. Jaitner 2022). Das Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und die politische Opposition oder die offen neoliberale Wirtschaftspolitik (Erhöhung des Renteneintrittsalters) verschärfen die Krisen (ökonomisch, sozial, politisch) und die Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs des Landes. Die ablehnende Haltung der Ukraine gegenüber einer Mitgliedschaft in der Eurasischen Union versetzte dem Integrationsprojekt einen empfindlichen Schlag. Die daraufhin forcierte Aufnahme von Armenien und Kirgisen schwächt Strategien zur regionalen Re-Industrialisierung und bedeutet eine stärkere Ausrichtung der Eurasischen Union als politisches Bündnis unter russischer Führung. Vor dem Hintergrund

der sich zuspitzenden innenpolitischen Krisen und der sich verschärfenden imperialen Konkurrenz im postsowjetischen Raum setzt die russische Führung zunehmend auf eine expansive Außenpolitik. Der aggressive, großrussische Nationalismus untermauert die eigenen Hegemonialansprüche in der Region und stabilisiert zumindest temporär die Verhältnisse im Innern.

Fazit

Der Ukraine-Krieg beschleunigt die globalen Umbruchsprozesse hin zu einer multipolaren Weltordnung, die seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 immer deutlicher werden. 30 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes stehen sich wieder konkurrierende regionale Blöcke gegenüber. Osteuropa – konkret der Balkan² – und

2 Der jugoslawische Zerfallsprozess weist in vielfacher Hinsicht Dynamiken auf, die mit dem sowjetischen vergleichbar sind. Auch hier ging ein wesentlicher Impuls zur staatlichen Auflösung von den ökonomischen Zentren – Slowenien und Kroatien – aus (Rösler 2010). In beiden Teilrepubliken sahen die Eliten den Erhalt des Gesamtstaates als Hemmnis für die sozio-ökonomische Entwicklung. Der Zerfallsprozess erzeugte genau wie im postsowjetischen Raum eine Sezessionsdynamik und führte zur Aufspaltung vormals multiethnischer Staaten entlang nationaler Kategorien. Aufgrund der anhaltenden Instabilität droht besonders in Bosnien die Lage zu eskalieren. So beschloss der Bundestag Anfang Juli die Entsendung von 50 Bundeswehrsoldaten im Rahmen der EU-Mission Eufor Althea. Derweil drohte der russische Botschafter in Sarajewo, Igor Kalabuchow, der bosnischen Regierung im Falle eines NATO-Beitritts mit einem ukrainischen Szenario (RBK 2022).

der postsowjetische Raum werden neben anderen Weltregionen zunehmend zu umkämpften Schauplätzen, in denen sich die imperiale Auseinandersetzung manifestiert.

Die russische Interventionspolitik ist eine Reaktion auf die vielfältigen innenpolitischen Krisen und verfolgt das Ziel, den Einfluss im postsowjetischen Raum zu festigen. Der wachsende Einfluss national-konservativer Kräfte und die damit einhergehende autoritäre Verhärtung im Innern verschärfen jedoch die Auseinandersetzungen im Machtblock um den künftigen Kurs des Landes, da die sich überschneidenden Krisen nicht effektiv bearbeitet werden. Damit beschleunigt die Putin-Administration die Spaltung der Region in einen pro-westlich orientierten und einen pro-russisch orientierten Block.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die militärische und politische Unterstützung der Ukraine durch die NATO und die EU die Widersprüche und Krisendynamiken im postsowjetischen Raum weiter verschärfen. Anstatt auf einen raschen Frieden zu drängen, droht eine Afghanistanisierung der Ukraine mit verheerenden Folgen für die Gesellschaft. Die konfrontative Politik des Westens und die Wiederkehr der offenen deutsch-russischen Konkurrenz in Osteuropa und dem postsowjetischen Raum stärkt den Einfluss national-konservativer, expansionistischer Kräfte im russischen Machtblock, die eine Ausrichtung auf Asien und ein enges Bündnis mit China und Indien forcieren. Dies und die zunehmende Fragmentierung des postsowjetischen Raums in konkurrierende Machtblöcke

lässt in naher Zukunft eine Eskalation weiterer Konflikte in der Region wahrscheinlich werden.

Literatur

- Brubaker, Roger (2011): Nationalizing states revisited: projects and processes of nationalization in post-Soviet states. In: *Ethnic and Racial Studies* 34(11): 1785-1814. DOI: <https://doi.org/10.1080/01419870.2011.579137>.
- Deppe, Frank (2013): *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*. Hamburg.
- Dzarasov, Ruslan (2016): The global crisis and its impact on the Eurasian Economic Union. In: *European Politics and Society* 17: 23-34. DOI: <https://doi.org/10.1080/23745118.2016.1171272>.
- EBRD [European Bank for Reconstruction and Development]: *Banking Survey*.
- Glaz'ew, Sergej (2015): Reč' o neotložnyh merah po otrazeniju ugroz suščestvovaniu Rossii (15.9.2015). URL: <https://www.business-gazeta.ru/>, Zugriff: 21.6.2022.
- Hale, Henry E. (1999): *The Strange Death of the Soviet Union. Nationalism, Democratization and Leadership*. Harvard University.
- Jaitner, Felix (2014): *Die Einführung des Kapitalismus in Russland*. Hamburg.
- (2022): *Russland: Von autoritären Umbrüchen bis zum Krieg*. In: in Z. Nr. 130.
 - / Olteanu, Tina / Spöri, Tobias (Hg.) (2018): *Crises in the post-Soviet space. From the Dissolution of the Soviet Union to the Conflict in Ukraine*. London. DOI: <https://doi.org/10.4324/9781351234467>.
- Kagarlitsky, Boris (2009): *Disaster Management in Eastern Europe*. In: Segert, Dieter (Hg.): *Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa*. Wien: 159-164.
- Kroll, Luisa (2008): »Billionaires 2008« (6.3.2008). URL: <http://www.forbes.com/>, Zugriff: 22.6.2022.
- Lukyanov, Fyodor (2015): *Eurasia: The burden of responsibility*. In: Dutkiewicz, Piotr / Sakwa, Richard (Hg.): *Eurasian Integration – The View from Within*. London: 290-303.
- Molchanov, Mikhail A. (2016): *Choosing Europe over Russia: what has Ukraine gained?*

- In: *European Politics and Society* 17(4)
DOI: <https://doi.org/10.1080/23745118.2016.1154236>.
- Mykhnenko, Vlad (2015): Die ökonomische Bedeutung des ukrainischen Donbass. In: *Russland-Analysen* Nr. 147: 2-12. DOI: <https://doi.org/10.31205/UA.147.01>.
- RBK (2022): My budem reagirovat: Rossiya prigrozila Bosnii ukraïnskim scenariem (17.3.2022). URL: <https://www.rbc.ua/>, Zugriff: 15.7.2022.
- Rösler, Jörg (2010): Nationalism and Economic Disparities. Lessons from the Dissolution of Yugoslavia and Czechoslovakia and the Secession of the Baltic States. In: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 18(3): 341-354. DOI: <https://doi.org/10.1080/0965156X.2010.533868>.
- Rosstat (2009): *Rossija w cifrach*. Moskau.
- Sakwa, Richard (2016): How the Eurasian elites envisage the role of the EEU in global perspective. In: *European Politics and Society* 17(sup1): 4-22. DOI: <https://doi.org/10.1080/23745118.2016.1171038>.
- Smith, Adrian / Swain, Adam (2010): The Global Economic Crisis, Eastern Europe, and the Former Soviet Union: Models of Development and the Contradictions of Internationalization. In: *Eurasian Geography and Economics* 51(1): 1-34. DOI: <https://doi.org/10.2747/1539-7216.51.1.1>.
- Stern (2022): Scholz: Werden Putins »Imperialismus in Europa nicht akzeptieren« (1.6.2022). URL: <https://www.stern.de/>, Zugriff: 14.7.2022.
- Stiglitz, Joseph (2002): *Der Schatten der Globalisierung*. Berlin.
- Varga, Mihai (2012): »Working-Class Heresies«: Ideology in Protests of Ukrainian Workers During the World Economic Crisis 2009–2012. In: *Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 20(2-3): 107-124. DOI: <https://doi.org/10.1080/0965156X.2013.765255>.
- ZDF (2022): Krim, Mariupol, Sjewjerodonezk: Selenskyj will Gebiete zurückerobern (14.6.2022). URL: <https://www.zdf.de/>, Zugriff: 21.6.2022.

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

Europa zwischen USA und China – Re-Konfigurationen globaler Macht

- W.F.HAUG Das Blut der anderen. Editorial
- P.WAHL Geopolitische Hintergründe
- W.STRECK Die Rückkehr des Königs
- H.NEDDERMANN Vom »Aufstieg« Chinas, der ein Wiederaufstieg ist
- J.SIMON Chinas regionale Regulierung und Standardisierung der Ökonomie
- W.SCAHFFAR Ungarn und Tschechien als Trojanische Pferde Chinas?
- H.-J.BIELING Die EU im Zeitalter der neuen Geopolitik
- I.SOLTY Hightech-Rivalität und Planstaat zwischen Tabu und Kopie
- T.HEBERER Partnerschaft, systemischer Wettbewerb oder Pakt gegen China?

Einzelheft
14 €

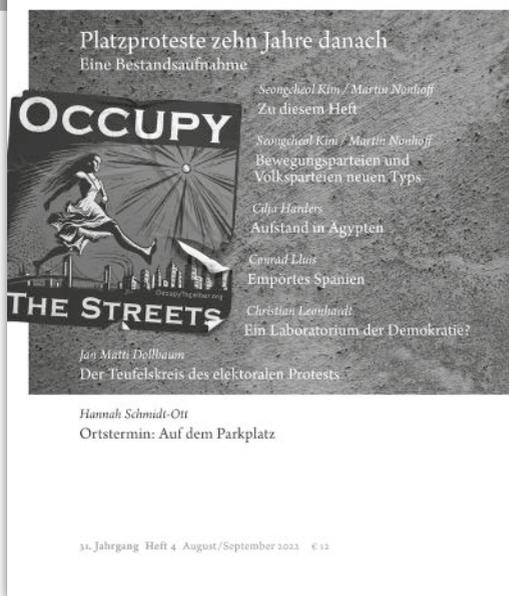
Doppelheft
28 €

Jahresabo
30 € / 24 €

Was ist vom Aufbruch der Platzbewegungen geblieben?

Mittelweg 36

Zeitschrift des Hamburger
Instituts für Sozialforschung



Heft 4/2022

Platzproteste
zehn Jahre danach:
Eine Bestands-
aufnahme
96 Seiten, Fadenheftung
Print 12 € | E-Journal 7,99€

Den *Mittelweg 36* kennenlernen und regelmäßig lesen:

- Mini-Abo (3 fortlaufende Ausgaben) 25 € (Print) | 18 € (Digital)
- Nachwuchs-Abo (6 fortlaufende Ausgaben) 40 € (Print) | 35 € (Digital)
- Jahres-Abo (6 fortlaufende Ausgaben) 56 € (Print) | 40 € (Digital)

www.mittelweg36.de

Mittelweg 36

Zeitschrift des Hamburger
Instituts für Sozialforschung